Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
3.10 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2.70 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 9 | Halver, Donnerstag, den 11. Januar | 1951

In der Stockholmer Abendzeitung „Expressen"

Nuschke-Interview wurde Sensation

Freie Wahlen schon im Herbst? - Ausgleich zwischen Sozialisierung und freier Wirtschaft

dmt. Stockholm, 11. Januar

In einem sensationellen Interview mit der Stockholmer Abendzeitung „Expressen" erklärte der stellvertretende sowjetzonale Ministerpräsident Otto Nuschke, daß die Sowjetunion zu bedeutenden Zugeständnissen bereit sei, wenn die westdeutsche Aufrüstung in angemessenen Grenzen bleibe und sich auf etwa fünf bis zehn Divisionen beschränke.

Nuschke erklärte, er glaube auf Grund von Unterhaltungen mit zahlreichen führenden Russen zu wissen, daß Moskau bereit sei, den Westmächten entgegenzukommen und eine annehmbare und schnelle Lösung des gesamten Deutschland-Problems zu bringen. Man müsse zum Frühjahr mit einer Viermächtekonferenz rechnen, auf der man den Zusammenschluß der beiden deutschen Republiken beschließen werde. „Ich glaube, daß wirklich freie und demokratische Parlamentswahlen in ganz Deutschland schon im Herbst abgehalten werden können."

Bevor jedoch die Einigung Tatsache werden könne, müßten eine ganze Reihe von Problemen gelöst werden, zum Beispiel die Vereinheitlichung der Gesetzgebung und die Bodenreform. Man müsse einen Mittelweg zwischen der Sozialisierung in der Ostzone und der freien Marktwirtschaft in der Bundesrepublik finden. Diese Fragen könnten durch Zugeständnisse auf beiden Seiten gelöst werden.

Was Adenauer auf den Grotewohl-Brief antworten werde, wisse er bereits jetzt, obwohl er ihn seit zwei Jahren nicht gesehen habe. Er unterhalte enge Verbindungen mit Personen, die Adenauer nahestünden. „Ich weiß", sagte Nuschke, „daß viele kommunistische Funktionäre in der Ostzone und in Ostberlin wegen ihrer Zukunft besorgt sind und nach freien Wahlen arbeitslos zu werden fürchten. Ich pflege sie zu trösten und darauf hinzuweisen, daß sie in der Jugend, in der Arbeiterschaft der volkseigenen Betriebe und in der Volkspolizei ja über eine verhältnismäßig kräftige Unterstützung verfügen. Ich glaube nicht, daß sie brotlos werden. Mein liberaler Kollege, Professor Kastner, hebt immer noch sein Gehalt ab, obwohl er seit der Regierungsumbildung nur noch die Personalabteilung einer Verwaltungsbehörde leitet. Ein hochgestellter kommunistischer Politiker, der vor einiger Zeit in Ungnade fiel, erhält eine Versorgung als Oekonom eines stätischen Restaurants. Für Ulbricht muß man sich allerdings wohl etwas besseres ausdenken."

Nuschke erklärte, daß Grotewohl wahrscheinlich nicht ihn zum Unterhändler ausersehen werde. Er würde nur in Frage kommen, wenn es Schwierigkeiten geben sollte.

Bonn verblüfft und zurückhaltend

Das Nuschke-Interview in der schwedischen Zeitung „Expressen" hat in Bonn natürlich erhebliches Aufsehen erregt, doch enthalten sich amtliche Kreise jeder Stellungnahme. Sie verweisen darauf, daß die angeblich von Nuschke gemachten Ausführungen vorläufig noch völlig unbestätigt sind. Solange Nuschke selbst nicht den Wortlaut des von „Expressen" veröffentlichten Textes bestätigt hat, liegt für die Bundesregierung keine Veranlassung vor, sich in irgendeiner Form zu äußern, umsoweniger, als der Inhalt des Interviews in der vorliegenden Form als „geradezu sensationell" bezeichnet wird. Einstweilen neigt man in Bonn noch zu der Auffassung, daß das Interview entweder in grober Weise entstellt wurde, oder aber es sich um eine glatte Fälschung handelt.

Auch in Bundestagskreisen neigte man allgemein zu großer Zurückhaltung. Ein kommunistscher Abgeordneter zuckte auf Befragen lediglich die Achseln, während die meisten befragten CDU-Mitglieder das Interview für eine Fälschung erklärten. Ein SPD-Abgeordneter meinte: „Wenn Herr Nuschke das, was in „Expressen" steht, wirklich bei vollem Bewußtsein gesagt hat, dann ist er heute abend noch hier — und wird nicht mehr nach Pankow zurückkehren."

Interviewer bestätigt Gespräch

dpa. Berlin, 11. Januar

Der Berliner Vertreter des Stockholmer Abendblattes „Expressen" bestätigte auf Anfrage, daß Nuschke ihm wörtlich das erklärte, was seine Zeitung wiedergegeben habe. Das Interview habe am Dienstag stattgefunden.

Militärische Hilfe für Tschiangkaischek

Er will die Mandschurei bombardieren — Truman gegen die Isolationisten

rs. New York, 10. Januar

Die Haltung, die Präsident Truman im Formosa-Problem einnimmt, hat in den letzten Tagen eine entscheidende Wandlung erfahren. Die amerikanische Regierung hat beschlossen, Tschiangkaischek bedeutende Waffenlieferungen zukommen zu lassen und gleichzeitig die Marshall-Hilfe für die chinesischen Nationalisten auf Formosa beträchtlich zu erhöhen.

Das würde bedeuten, daß man im Weißen Haus die Zugeständnisse, die man im vergangenen Dezember in dieser Frage dem englischen Ministerpräsidenten Attlee gemacht hatte, nicht aufrecht zu erhalten gedenkt. Truman hat sich anscheinend zu dieser Modifikation seines Standpunktes entschlossen, weil er eingesehen hat, daß er der öffentlichen Meinung des Landes entgegenkommen muß, um die isolationistische Offensive von Hoover und Taft wirksam zu bekämpfen. In gut unterrichteten Kreisen wird behauptet, Tschiangkaischek habe sich, da er sich im Kriegszustand mit Peking befinde, bereit erklärt, die Mandschurei zu bombardieren.

Kohlenkrise hemmt Konjunktur der Industrie

Der graue Markt kommt wieder — Stahlexport immer noch beachtlich

ge. Düsseldorf, 10. Januar

Wenn der Mangel an Kohlen, Strom und Rohstoffen auch noch nicht zu einer Erhöhung der Arbeitslosenziffer geführt hat, so hemmt er doch alle Zweige der Metallindustrie von den Hütten- bis zu den Kleineisenbetrieben in der Ausführung ihrer Aufträge. Namentlich die stark für den Export arbeitende Maschinenindustrie kann eine sehr gute Konjunktur nicht nutzen. Schwierig ist die Lage in der Schuhindustrie, da die Beschaffung von Rohleder sehr schwer ist. Die Papierindustrie ist kaum mehr imstande, die schwedische Zellulose zu bezahlen. Dagegen sind die meisten Betriebe der Textilindustrie noch mit Baumwolle versorgt, so daß sie als gut beschäftigt gelten. Daraus erklärt sich, daß die Zahl der weiblichen Arbeitslosen zurückgegangen ist.

Es ist kein Geheimnis, daß in den letzten Wochen der sogenannte graue Markt in den verschiedensten Schattierungen wieder erstanden ist. Das trifft wohl für den Warenaustausch zwischen den einzelnen Herstellerfirmen, als auch für die Preisbildung im allgemeinen zu.

Die Stahlindustrie hat im Dezember trotz Absinken der Roh- und Walzstahlerzeugnisse bei einer Gesamtlieferung der Hüttenwerke von 740 000 Tonnen, 139 000 Tonnen Walzwerkerzeugnisse exportiert. Ein weiteres Anhalten der Kohlenknappheit wird die Exporterzeugung für Januar empfindlich einschränken.

Die noch einbehaltenen Brotgetreidebestände wurden vom Bundesernährungsministerium Ende November 1950 auf insgesamt 3,15 Millionen Tonnen beziffert und sind damit um reichlich 300 000 Tonnen größer als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Vorräte an Futtergetreide betrugen Ende November rund 3 Millionen, so daß Besorgnisse auf diesem Gebiete entfallen. Etwa 18 Millionen Tonnen Kartoffeln lagern noch bei ihren Erzeugern. Die Betriebsaufwendungen in der Landwirtschaft übersteigen bei weitem die Einnahmen.

USA-Entwurf zur Antwort an Moskau

Es ist noch vieles zu klären — Auch Besprechung der Friedensverträge?

dpa. London, 11. Januar

Ein Sprecher des britischen Außenministeriums bestätigte am Mittwoch, daß die amerikanische Regierung in einem Entwurf für die Antwort der drei Westmächte auf die letzte sowjetische Note zur Frage einer neuen Viererkonferenz ausgearbeitet und nach Paris und London geschickt hat. Der Ausarbeitung des Entwurfs gingen in Washington Besprechungen mit den Botschaftern Großbritanniens und Frankreichs voraus. Der Entwurf soll in Paris und London eingehend geprüft werden, bevor ein Termin für die Absendung der drei identischen Noten festgesetzt wird.

Nach Ansicht politischer Kreise werden die Westmächte in ihren Noten erneut den Wunsch äußern, daß auf einer neuen Viererkonferenz alle Fragen, die zur internationalen Spannung beitragen, beraten werden sollen. Ferner werden die Westmächte Moskau um eine genaue Auslegung einiger Teile der letzten sowjetischen Note ersuchen. Die Westmächte wollen vor allem Klarheit über die Tagesordnung schaffen. Ein anderer wichtiger Punkt ist nach Ansicht Londoner Kreise die Frage, ob eine neue Außenministerkonferenz als einfaches Viermächtetreffen oder aber als neue Konferenz des durch das Potsdamer Abkommen geschaffenen Außenministerates gelten soll. Eine Erklärung dieser Frage könnte sich auch auf die Tagesordnung auswirken, da der Außenministerrat sich, seinen Aufgaben gemäß, mit Fragen der Friedensverträge für Deutschland, Oesterreich und Japan beschäftigen soll.

Commonwealth will verhandeln

ogr. London, 11. Januar

Die Konferenz der Ministerpräsidenten des britischen Weltreiches hat am Mittwoch beschlossen, Verhandlungen mit der Sowjetunion zu befürworten, jedoch unter der Voraussetzung, daß dabei angestrebt werde, aus der gegenwärtigen Lage zu einem Friedensschluß zu kommen, wobei allerdings keinerlei Drohungen von seiten der Sowjets ausgesprochen werden dürften.

Außenminister Bevin berichtete der Konferenz über die jüngsten Verhandlungen der Atlantikpaktmächte und erörterte den deutschen Verteidigungsbeitrag in Westeuropa. Alle Teilnehmer der Konferenz stimmten ihm zu.

In einem Kommuniqué wurde mitgeteilt, die Ministerpräsidenten seien sich darüber klar, daß Westeuropa das strategische Hauptgebiet sei, wenn auch augenblicklich der Ferne Osten den größten Gefahrenherd bilde. Jedoch würde im Falle eines Konfliktes Westeuropa die größere Bedeutung zukommen.

Sorgen der andern

Während in Korea die monatelangen schweren Kämpfe nichts als Trümmer und Ruinen, brennende Häuser und dem Erdboden gleichgemachte Lehmhütten hinterlassen, während Millionen von Koreanern, einer grausamen Kälte schutzlos preisgegeben, im Lande umherirren und unschuldige Säuglinge auf dem Rücken ihrer Mütter erfrieren, runzeln in dem 5000 km südlicheren Singapore einige wenige neugebackene Millionäre sorgenvoll die Stirn: Wohin nur mit dem vielen Geld, das ihnen die Kriegspsychose in der Welt so unvermutet in die Hände gespielt hat?

Wie ein Bankier berichtet, kenne er persönlich nicht weniger als 11 Gummi- und Zinn-Spekulanten, die allein in den letzten Wochen Millionen verdient haben. Ein einziger unter ihnen seit Beginn des Krieges in Korea nicht weniger als 20 Millionen DM.

Meist sind es Chinesen, aber auch Holländer und Engländer darunter, die sich nun den armen geplagten Kopf darüber zerbrechen, wo die ideale „windgeschützte Ecke" in der Welt ist, die ihrer Beute Sicherheit verspricht. Natürlich hat in Singapore, wer Sorgen hat, auch Likör.

So hat ein Chinese von seinem „Verdienst" den minimalen Betrag von 100 000 US-Dollar abgezweigt und sich einen Super-Luxuspalast gebaut. Zur Gala-Einweihung dieser bescheidenen Villa waren die Gäste in Regimentsstärke geladen. Auch sonst scheinen sie geladen gewesen zu sein, denn die Angelegenheit zog sich zwei Tage und zwei Nächte hin.

Vom Elend der Koreaner allerdings muß man befürchten, daß es noch ein klein wenig länger dauern wird. Warum sind sie schließlich auch Reisbauern und nicht Gummihändler geworden

T. G.

Produktionsverbote sind zu erwarten

Verwendungskontrolle für Mangel-Rohstoffe — Ausfuhrverbote folgen

dl. Bonn, 10. Januar

Die ersten einschneidenden Maßnahmen zur Begrenzung des Rohstoffverbrauchs werden in der kommenden Woche verkündet, wie am Mittwochabend in Bonn bekannt wurde.

Der interministerielle Ausschuß des Bundeskabinetts hat nach eingehenden Beratungen eine Liste der künftig bewirtschafteten Rohstoffe zusammengestellt. Es handelt sich in erster Linie dabei um solche Rohstoffe, die infolge dringenden Rüstungsbedarfs in den Vereinigten Staaten, Kanada und Großbritannien nur noch schwer für andere Zwecke zu erhalten sind, darunter Kupfer, Zinn, Zink, Aluminium und Gummi.

Wie verlautet, handelt es sich zunächst nur um eine vorläufige A-Liste, deren Erweiterung je nach der internationalen Rohstofflage vorbehalten bleibt.

Der interministerielle Ausschuß erwägt ferner eine Verwendungskontrolle, um jederzeit über den Verbleib der verknappten Rohstoffe unterrichtet zu sein. Ferner wird ein Ausfuhrverbot für sämtliche Güter erwogen, bei denen solche Rohstoffe verarbeitet werden.

Dieser Eingriff in die Freizügigkeit der deutschen Wirtschaft wird von zuständiger Stelle nicht als das „Ende der sozialen Marktwirtschaft" bezeichnet, sondern lediglich als ein aus der Not geborener Versuch, die industrielle Produktion allmählich an die veränderten Rohstoffverhältnisse zu gewöhnen.

Alte Schulden

Von der deutschen Warte aus ist es möglich, die Schachzüge der beiden Hauptantagonisten im „kalten Krieg" mit der Objektivität zu betrachten, die allein die Voraussetzung für eine richtige politische Meinungsbildung abgibt. Wir hatten schon oft Gelegenheit festzustellen, daß der alte Mann im Kreml fast immer die Initiative in der Hand hält und den Gegner zum parieren zwingt. Er macht offensichtlich seine Züge aus kalter Ueberlegung heraus, während die andere Seite aufgeregt und nervös reagiert. Von Zeit zu Zeit tritt Stalin dann wohl auch aus seiner ruhigen Abgewogenheit auch plötzlich mit listenreichen Einfällen hervor, die erst recht den Gegenspieler in Verlegenheit setzen.

Ein solcher kluger Einfall ist die Bereiterklärung der Sowjetunion, am 15. Januar die Verhandlungen über ihre Schulden aus dem Pacht- und Leihabkommen des letzten Krieges mit den Vereinigten Staaten wiederaufzunehmen. Der wirtschaftspolitische Mitarbeiter der „Welt" schreibt dazu in einem Kommentar, es sei schwierig, diesen neuen Zug zu deuten. Freilich läßt er sich nicht wirtschaftspolitisch erklären, da er rein politisch ist.

Der neue Schachzug Stalins offenbart wieder einmal eines mit großer Deutlichkeit: im Kreml weiß man genau über die westliche Welt Bescheid, während man in den maßgeblichen politischen Nervenzentren der westlichen Welt im Bezug auf die Sowjetunion weitgehend im Dunkeln tappt. Es ist den Sowjets bekannt, welche Rolle Geld in den Vereinigten Staaten spielt. Das gilt ganz besonders von Geldern, die der amerikanische Steuerzahler sich vom Munde abgespart und anderen Völkern vorgeschossen hat. Man wird sich erinnern, daß das außerordentliche Prestige des kleinen Finnland in den USA allein auf der Tatsache beruhte, daß es als einziges Land seine Schulden an Amerika pünktlich zurückzahlte.

Und dazu überlege man sich nun einmal folgendes: im selben Augenblick, wo der amerikanische Steuerzahler immer tiefer in seine Tasche greifen muß, um die Rüstung gegen die Sowjetunion zu finanzieren, bietet der Kreml Amerika Geld an! Es ist anzunehmen, daß der sowjetische Schachzug gerade in dem Augenblick seine Wirkung nicht verfehlt, wo die Position der Republikaner gestärkt worden ist, die in erster Linie darüber wachen, daß die amerikanischen Staatsausgaben nicht ins Ungemessene wachsen. c. c.

Atlantisches Außenministerium

dpa. Washington, 11. Januar

Drei führende amerikanische Persönlichkeiten verlangten am Mittwoch die Schaffung eines Ministeriums, das die Außenpolitik und die Verteidigung der nordatlantischen Mächte einheitlich führen soll. Weiter wird in der Erklärung die Prüfung der Frage gefordert, wie eine föderative Union der nordatlantischen Bündnispartner gebildet werden könnte.

Die Seite der Heimat

Halver, den 11. Januar 1951

Hosenmädchen

Daß Frauen im Winter Hosen tragen, ist eine Keckheit der Mode, eine weibliche Koketterie, die althergebrachte Vorurteile der Bekleidungsindustrie kühn in den Bach reitet. Die Hosen stammen noch aus jenen Tagen, als die Frauen, wie es so klug hieß, „ihren Mann standen". Wenn sie schon ihren Mann stehen mußten, wollten sie auch Hosen anhaben, dagegen war damals nicht viel zu sagen.

Aber jetzt, wo der New Look immer noch dabei ist, das Weibliche sinnfällig zu betonen? — Natürlich sind Männer mißtrauisch gegenüber weiblichen Hosenbeinen. Aus verständlichen Gründen wohl. Es rührt an das heilige Vorrecht eines nur ihnen zugedachten Kleidungsstückes. Es paßt ihnen nicht, daß ihre Frauen einfach Hosen anhaben. Es sieht so verdächtig symbolisch aus.

Aber die Frauen führen ein paar Dutzend vernünftige Vorwände ins Treffen um die Hosenbeine. Es ist so schön warm, es ist so vorteilhaft, im Winter schlenkernde Tuchbahnen statt Seidenstrümpfe um die Beine zu haben. Es paßt zum Radeln und zum eiligen Gang durch regennasse und aufgeweichte Straßen. Die Erwägung, daß anderswo Frauen auch keine Hosen tragen, schieben sie mit echt weiblicher Logik zur Seite: „Anderswo? ja natürlich, am Aequator zum Beispiel ist es auch im Winter so warm, daß die Mädchen weder Hosen noch Rock tragen."

Den Männern bleibt nur, sich auf die moralische Ebene zurückzuziehen und von dem Mißfälligen und Anstößigen im Anblick einer behosten Frau zu sprechen. Aber wer glaubt, mit solchen Einwänden durchzukommen, kennt die Frauen schlecht.. Sie fahren unbekümmert fort, Hosen zu tragen, jede eine modische Amazone mit dem charmanten Schlachtruf auf den Lippen: Der Hosenfreiheit eine Gasse.

Und wer möchte sich erkühnen, ihnen deswegen etwa die Hosen stramm zu ziehen? E

Halver

Renovierung des Amtshauses

Die im vergangenen Jahre beschlossene Renovierung der Innenräume des Halverschen Amtshauses wurde in den vergangenen Tagen in Angriff genommen. Bauhandwerker und Anstreicher sind dabei, die notwendig gewordenen Reparaturen auszuführen. Unser Amt wird sich nach vollendeten Arbeiten von innen in gleicher Weise wie von außen repräsentieren. Ueber die Notwendigkeit dieser Ueberholungsarbeiten dürfte selbst bei den fanatischsten Sparenthusiasten kaum Zweifel bestanden haben.

Erleuchtung für Straßenkreuzung

Seit einigen Tagen liegt die Einmündung der Thomasstraße in tiefster Finsternis. Die hier ansonsten fungierende Straßenlampe streikt seit geraumer Zeit. Gerade an dieser wichtigen Straßeneinmündung ist eine ausreichende Beleuchtung unbedingt notwendig. Hoffentlich nehmen sich die Verantwortlichen in der nächsten Zeit dieses Problems einmal an.

Jugendliche Kraftmeier am Wasserturm

In den vergangenen Wochen wurde festgestellt, daß die Tür zum Halverschen Wasserturm zu wiederholten Malen gewaltsam geöffnet wurde. Da hier außer Wasser wirklich keine Reichtümer zu erwerben sind, wird angenommen, daß die Uebeltäter wieder einmal spielende Kinder waren. Es wird darauf hingewiesen, daß die Eltern dieser kleinen Uebeltäter für die entstandenen Schäden voll haftbar gemacht werden. Hoffentlich unterbleiben ähnliche Einsteigeversuche in der nächsten Zeit.

Früher Frühling?

Schon einmal stellten wir diese Frage. Zu jener Zeit lag jedoch Halver unter einer dicken Schneedecke und diese Prognose erschien mehr als gewagt. Jetzt sind es wieder bestimmte Zeichen, die darauf hinweisen, daß wir nach einem verhältnismäßig schneereichen Winter möglicherweise einen baldigen Frühling zu erwarten haben. Wer mit aufmerksamen Augen durch die Natur geht, kann feststellen, daß auf den Teichen unserer näheren Umgebung bereits der erste Froschlaich schwimmt. Zu Beginn des Januar eine ungewöhnliche Erscheinung, doch wir haben sie uns von verschiedenen Seiten bestätigen lassen. Dieser Umstand wird vielfach dahingehend ausgelegt, daß ein früher und warmer Frühling zu erwarten sei. Hoffen wir jedoch, schon im Interesse der angespannten Brennstofflage, das Beste.

Buschhausen

Steigerturm wird überholt

In der Jahresversammlung, welche die aktiven und passiven Mitglieder der Feuerwehr im Lokal Werthmann abhielten, wurde für das neue Jahr die Ueberholung des Steigerturms vorgesehen. Ein besonderer Erfolg im alten Jahre war, daß ein dringend benötigter Spritzenwagen neu angeschafft werden konnte. Am 3. Februar soll zusammen mit dem MGV „Eintracht" ein Kappenfest stattfinden.

Heesfeld

Arbeit aufgenommen

Nachdem die Installationsarbeiten in der ehemaligen Noelleschen Fabrik beendet sind, ist jetzt die Arbeit in dem neuen Betrieb aufgenommen worden. Wir begrüßen die Initiative des auswärtigen Unternehmers, da sie einigen Einwohnern unserer Gemeinde dereinst Arbeit und Brot zu geben vermag.

Bergfeld

MGV „Thalia" ladet zum Kappenfest ein

Wie aus dem heutigen Anzeigenteil ersichtlich ist, veranstaltet der MGV „Thalia" Bergfeld, wie auch schon im Vorjahre, auf der Wilhelmshöhe einen großen Kappenabend. Der Verein wird auch diesmal bemüht sein, allen Besuchern ein paar harmonische, fröhliche Stunden zu bereiten. Neben einer guten Stimmungskapelle sind auch sonstige Ueberraschungen vorgesehen. Zu dieser Veranstaltung wird die gesamte Bevölkerung eingeladen.

Dahlerbrück

Jahreshauptversammlung im MGV

Der Männergesangverein Dahlerbrück ladet seine Mitglieder für kommenden Sonnabend in das Vereinslokal Hotel Hencke, Dahlerbrück zur Jahreshauptversammlung ein. Da wichtige Punkte auf der Tagesordnung stehen, wird jedes Mitglied erwartet. Beginn 19.30 Uhr.

Arbeitsjubiläum

Auf ein 25jähriges Arbeitsjubiläum bei der Konsumgenossenschaft konnte der Verwaltungsstellenleiter Wilhelm Koch, Dahlerbrück, Volmestraße, zurückblicken. Wir gratulieren herzlich.

Kierspe

Ehre dem Alter!

Am morgigen 12. Januar feiert Frau Emma Kemper, Fr.-Ebertstraße 384, ihren 75. Geburtstag. Herzliche Glückwünsche!

Noch 5000 Schwarzhörer im Kreise Altena?

Neues Suchgerät der Post - 27000 Hörer sind im Kreis gemeldet

Nachdem dem Schwarzhandel bereits das Lebenslicht ausgeblasen wurde und den Schwarzarbeitern das Handwerk so gut wie gelegt wurde, geht es nun den Schwarzhörern an den Kragen. Bisher war diesen mit allen Schikanen sich tarnenden Rundfunkhörern oftmals nur schwer beizukommen. Das ist aber vorbei, seitdem die Bundespost ein Suchgerät entwickelte, womit jeder im Betrieb befindliche Rundfunkempfangsapparat angepeilt werden kann.

Der Kampf gegen die Schwarzhörer

wird nun rücksichtslos aufgenommen, wenn die von der Post großzügig gewährte Amnestie für Schwarzhörer in der nächsten Zeit abgelaufen ist. Mit dem Suchapparat, der einem kleinen Grammophonkoffer ähnelt, kann der Kontrollbeamte überall und völlig unauffällig den Schwarzhörer ausfindig machen. Der Schwarzhörer merkt davon nicht das geringste. Erst wenn der Beamte plötzlich vor ihm steht und wohlmöglich die warmen Radio-Birnen im kurz vorher schnell abgestellten Rundfunkempfänger als Beweis dem Schwarzhörer vorführt, weiß der Schwarzhörer, daß er doch reingefallen ist.

Die Vorschriften für den Rundfunkteilnehmer

lauten nämlich unzweideutig, daß als Rundfunkempfänger alle Einrichtungen anzusehen sind, die zum Empfang von Rundfunksendungen durch Funk oder über Draht dienen. Rundfunkgebühren sind ohne Rücksicht darauf zu entrichten, ob die angeschlossenen Rundfunkempfänger benutzt werden oder nicht. Beim Löschen der Rundfunkgenehmigung sind sofort alle Verbindungen des Empfängers mit Antenne, Erdleitung und Stromquelle zu unterbrechen. Erst dann gilt der Empfangsapparat als außer Betrieb.

Wer gegen diese Vorschriften verstößt, gilt als Schwarzhörer und ihm wird nicht nur eine Geldstrafe auferlegt, es kann auch der Empfangsapparat beschlagnahmt werden. In besonderen Fällen kann jedoch eine Befreiung von der Rundfunkgebühr oder eine Gebühren-Ermäßigung genehmigt werden. Bei jeder Postanstalt sind die Bedingungen über die Befreiung oder Ermäßigung der Rundfunkgebühren zu erfahren.

5000 Schwarzhörer im Kreis Altena

müßte es noch geben, wenn auch für unseren Bezirk angenommen wird, daß die tatsächliche Rundfunkhörerzahl um etwa 20 Prozent höher liegt, als die der gemeldeten Rundfunkteilnehmer. Nach der letzten amtlichen Rundfunkteilnehmerzählung vom 1. April 1950 gab es innerhalb unseres Zählbezirks 27 000 registrierte Rundfunkteilnehmer. Zehn Jahre vorher waren es 18 900.

Inzwischen hat sich die Teilnehmerzahl seit der letzten Zählung von Monat zu Monat erhöht, größtenteils als Folge der angekündigten Aktion gegen die Schwarzhörer. Die nächste amtliche Zählung am 1. April dieses Jahres wird dafür den Beweis bringen.

Solange Rundfunkgebühren zu zahlen sind, gilt jeder Hörer, der sich davon drückt als Schwarzhörer und er kann versichert sein, daß er es nicht mehr lange ungestört sein wird.

E. S.

Kriegs- und Hochwasserschäden wurden beseitigt

Die Wasserwirtschaft im Regierungsbezirk Arnsberg im Jahre 1950

Das Jahr 1950 stand im Zeichen eines umfangreichen wasserwirtschaftlichen Bauprogramms des Regierungspräsidenten, das durch Beihilfegewährung an Gemeinden usw. weitgehend gefördert werden konnte. Unermüdlicher Einsatz war in den Jahren nach dem Zusammenbruch notwendig, um die durch die Kriegshandlungen schwer getroffenen Wasserversorgungsanlagen instandzusetzen oder zu erneuern. Die Kriegsfolgen sind noch immer nicht restlos beseitigt, zumal das Hochwasser des Jahres 1946 weitere Schäden anrichtete. Es ist deshalb bemerkenswert, daß 1950 insgesamt 1,4 Millionen DM gerade zur Beseitigung dieser Kriegs- und Hochwasserschäden als Beihilfen ausgeschüttet werden konnten. Damit war es den unterhaltspflichtigen Gemeinden der Ruhr und Lenne möglich, Ausbesserungen an Deichmauern, Uferbegradigungen usw. vorzunehmen, was ohne diese Zuschüsse unmöglich gewesen wäre.

1,6 Millionen DM wurden bereitgestellt

Aus den dem Regierungspräsidenten zur Verfügung gestellten Mitteln konnten aus dem Wasserwirtschaftsfonds insgesamt 1,6 Millionen DM bereitgestellt werden. Hierdurch wurde bei rund 70 Einzelvorhaben die Instandsetzung, Erweiterung oder der Neubau von Wasserleitungen der Gemeinden und Wasserbeschaffungsverbände ermöglicht. Dieses geschah überall dort, wo diese Arbeiten im öffentlichen Interesse lagen, beispielsweise bei Siedlungen, oder dort, wo die bisherigen Leitungen nicht ausreichten. Auch dieser Fonds konnte für Regulierungsarbeiten an Flußläufen, Drainagen von Weiden und Ackerflächen, Bau von Wirtschaftsbrücken, Anlagen zur landwirtschaftlichen Verwendung von Abwässern usw. Verwendung finden.

Wirtschaftswege der Landwirtschaft wurden betreut

Eine besondere Betreuung fanden auch die Wirtschaftswege der Landwirtschaft, die hergestellt oder verbessert wurden, wenn der Nachweis einer Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung erbracht wurde. So konnten 100 000 D-Mark aus dem Fonds für gemeinschaftliche Bodenverbesserungen und weitere 60 000 DM aus dem Fonds für Bodenverbesserungen durch einzelne Landwirte an Beihilfen gewährt werden.

Erwähnenswert ist, daß für die Aufstellung von Kanalisationsentwürfen auf Antrag 10 000 DM und für die Aufstellung von Wasserleitungsentwürfen 20 000 DM als Vorarbeitskostenzuschüsse ausgeschüttet werden konnten.

Abschließend sei angefügt, daß der Ruhrschifffahrtsverwaltung in Duisburg für Baggerarbeiten zur Wiederherstellung der Vorflut in der Ruhr innerhalb des Regierungsbezirks Arnsberg 581 000 D-Mark zur Verfügung gestellt und weitere 200 000 DM für die Beseitigung von Hochwasserschäden an Ruhr und Lippe gewährt wurden. Das Betreuungsgebiet im Regierungsbezirk Arnsberg reicht praktisch bis zur Möhnetalsperre, dem großen Reservoir der Ruhr.

RB Arnsberg und die Besatzungskosten

Noch 15 000 Deutsche beschäftigt — Um die Regelung der Belegungsschäden Erhöhte Kosten im Jahre 1951.

Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen nicht zuletzt die Fragen der Besatzungskosten. Diese sind im Regierungsbezirk Arnsberg im Laufe des vergangenen Jahres 1950 erfreulicherweise merklich zurückgegangen. Diese Feststellung kann bereits jetzt gemacht werden, wenn auch die genauen Abschlußzahlen noch nicht vorliegen. Es muß allerdings erwähnt werden, daß das Jahr 1951 eine Steigerung der Kosten infolge der Verstärkung der Besatzungsmacht bringen wird. Es ist also fraglich, ob das Rechnungsjahr 1950 am 31. März mit einem geringeren Betrag abschließen wird, als das Vorjahr.

Die Zahl der deutschen Besatzungsbeschäftigten ist im Kalenderjahr 1950 um rund 1000 Personen gesunken. Es sind noch rund 15 000 Deutsche in Diensten der englischen und belgischen Besatzungsmacht. Allerdings bedeutet diese verminderte Zahl keine Verringerung der Ausgaben. Löhne und Gehälter haben angesichts ihrer Steigerung mit 3,5 Millionen DM den gleichen Monatsbestandteil des Haushalts wie im Vorjahr.

Neben den rein haushaltsmäßigen Fragen sind bei den Feststellungsbehörden die vielen und vielgestaltigen Entschädigungsansprüche der Räumungsbetroffenen zu bearbeiten. Es seien hier nur zwei Arten erwähnt: die Entschädigung für Beschädigungen an Gebäuden und die Umstellung von RM-Forderungen in solche von DM im Verhältnis 10:1 oder 1:1.

Trotz aller Bemühungen von deutscher Seite und trotz mehrfacher Ankündigung entsprechender Anordnungen sind für diese sogenannten Belegungsschäden bisher noch keine Anweisungen der britischen Besatzungsmacht erfolgt. Hierdurch sind die Geschädigten der britischen Zone sehr im Nachteil gegenüber denen der amerikanischen und französischen, wo schon seit langem diese Entschädigungen gezahlt werden. Es wird weiterhin das Bestreben des Regierungspräsidenten sein, darauf hinzuwirken, daß dieser Zustand beseitigt wird.

Hinsichtlich der Schadensansprüche aus der Zeit vor der Währungsreform, die erst nach ihr befriedigt werden, bestehen leider teilweise sehr erhebliche Unstimmigkeiten zwischen den bisherigen behördlichen Anordnungen und zahlreichen Entscheidungen der Verwaltungsgerichte. Es ist sehr zu wünschen, daß diesem unhaltbar werdenden Zustand, der eine große Rechtsunsicherheit bedeutet und unter den Betroffenen Verbitterung auslöst, durch ein in Aussicht gestelltes alliiertes Gesetz baldigst ein Ende bereitet wird.

Wie steht es mit der Bodenreform im Kreise Altena?

500 ha bodenreformpflichtiges Land — 25 bäuerliche Siedlerstellen

Die Arbeitsgemeinschaft der Siedlungsbewerber der Kreise Altena-Lüdenscheid, in der die verschiedenen Siedlerorganisationen vertreten sind, hielt auf Veranlassung der Siedlerberatungsstelle der Gesellschaft für innere Kolonisation im kleinen Stadthaussaal zu Lüdenscheid eine Versammlung ab. Der Leiter des Kreis-Siedlungsamtes Altena, Reg.-Rat Dr. Häusler, war für einen Vortrag gewonnen worden über den Stand der Bodenreform und der Siedlung in den beiden Kreisgebieten. Für unseren Heimatkreis ist nach diesen Ausführungen infolge der Boden- und Eigentumsverhältnisse von der Bodenreform nicht allzuviel zu erwarten. Im Bereich des Siedlungsamtes, das mehrere Kreise umfaßt, werden gegen rund 600 ha bodenreformpflichtiges Land für Siedlungszwecke anfallen. Diese Fläche ist bei weitem nicht genügend, den starken örtlichen Bedarf zu decken. Bei der Vergebung der Siedlerstellen wirkt der Kreissiedlungsausschuß maßgeblich mit. Nach dem Flüchtlingssiedlungsgesetz, das die Freiwilligkeit der Landabgabe voraussetzt, konnten im Kreise Altena 25 bäuerliche Siedlerstellen beschafft werden. Das mit dem Bodenreformgesetz miteingebrachte Siedlungsgesetz ist in der wirklich wirksamen Fassung infolge alliierten Einspruchs nicht rechtskräftig geworden und es muß von einer künftigen Gesetzgebung erwartet werden, daß hier ein besseres Ergebnis erreicht wird. Eine interessierte Aussprache schloß sich an den Vortrag an.

Familienanzeigen – Heute unentbehrlich

Wer in den Familienanzeigen einer Zeitung zu lesen versteht, der kann aus diesem Teil der Anzeigenseite einen ganzen Lebensroman herauslesen. Heute gehört die Familienanzeige zu den unentbehrlichen Selbstverständlichkeiten unseres gesellschaftlichen Lebens. Im Jahre 1781 wagte sie sich zum ersten Mal ganz schüchtern vor das Auge des Leserpublikums, und zwar waren es merkwürdigerweise die Todesanzeigen, die zuerst in den Blättern erschienen. Vermählungs- und Geburtsanzeigen treten viel später auf. Noch länger dauerte es, bis man die ersten Verlobungsanzeigen in den Zeitungen lesen konnte. Das war vor 120 Jahren.

Die Heiratsanzeige ist das jüngste Kind der Familienanzeigen. Sie tauchte auf, um 1850 bei uns zum ersten Male noch ganz schüchtern, nachdem sie in anderen Ländern schon früher üblich gewesen war. Als in England 1769 die erste Anzeige dieser Art erschien, berichtete ein Berliner Blatt über diese erstaunliche Tatsache folgendes: „In London hat jemand bekannt gemacht, daß eine Lady mit mittelmäßigem Vermögen einen Mann nötig hätte. So wunderbar es klingt, so ist es doch wahr, daß auf diese Bekanntmachung hin nicht weniger als 279 Briefe einliefen."

Es hat also ziemlich lange gedauert, bis die Familenanzeige sich die Stellung eroberte, die sie heute in der deutschen Presse besitzt. Das ist nicht darin begründet, daß man in der guten „alten Zeit" kein Interesse für die Ereignisse in den Familien anderer Leute hatte. Die Art der Ankündigung von Familienereignissen war damals eine andere. Man bediente sich statt der Zeitung der Kanzel. Es war früher die Aufgabe des Geistlichen, im Anschluß an die sonntägliche Predigt nicht nur die behördliche Bekanntmachung, sondern auch alle möglichen privaten Nachrichten, sogar Verlustanzeigen, in der Kirche zu verkündigen. Erst als in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts dieser Brauch allmählich verschwand, mußte man auf andere Mittel und Wege sinnen, um diese Neuigkeiten zu verbreiten. So bediente man sich erst zögernd, dann in steigendem Umfange der Zeitung.

Die Kirchenmusik in unserer Synode

6. Arbeitstagung der Kirchenmusiker

Zu ihrer sechsten Arbeitstagung, der ersten in diesem Jahre, versammelten sich die Kirchenmusiker der Synode Lüdenscheid im evangel. Gemeindehaus. Superintendent Köllner eröffnete die Tagung und stellte sie unter ein Bibelwort nach II. Korinther, Kap. 12. Große Freude bereitete es allen Anwesenden, unter sich den Vorsitzenden des Landesverbandes der Kirchenmusiker Westfalens, Kirchenmusikdirektor Golücke-Gemen zu haben.

Kantor Schrader, der nun nach mehr als vierteljährigem Krankheitsurlaub zu aller Freude wieder mittun kann, begrüßte den Vorsitzenden Golücke, der auf eine 40jährige Tätigkeit als Organist und Chorleiter zurückblicken kann. Dann ergriff dieser selbst das Wort, um einen eingehenden Bericht über den Stand der Kirchenmusik zu geben und ihre Entwicklung in den letzten 50 Jahren darzulegen.

Der Vortrag mit der ihm folgenden Aussprache gab Gelegenheit zur Erörterung und Beantwortung von mancherlei Fragen.

Kantor Schrader berichtete über die Geschehnisse des letzten Vierteljahres, unter denen das 40jährige Jubiläum des ev. Kirchenchors Herscheid und das 25jährige des Kirchenchores Halver, sowie seines Dirigenten, Lehrer Kurtze, besonderer Erwähnung wert ist.

Da das vorjährige Jubilate-Treffen der Kirchen- und Posaunenchöre in Brügge allerseits großen Anklang fand, beschloß man, auch in diesem Jahre wieder ein solches Treffen zu veranstalten. Als Ort hierfür wurde Eiringhausen oder Neuenrade ins Auge gefaßt.

Nach kurzer Mittagspause diente der Nachmittag dem gemeinsamen Singen aus dem „Geistlichen Chorlied" von Grote und aus den Evangeliensprüchen von Vulpius. □

Unsere letzte Funkmeldung:

„Eine private Unterhaltung"

dmt. Berlin, 11. Januar, 9.30 Uhr

Zu dem sensationellen Interview des stellvertretenden Ministerpräsidenten Otto Nuschke erklärt die Berliner Zeitung „Neue Zeit", das Organ der Sowjetzonen-CDU, in ihrer Donnerstagausgabe, Nuschke habe dem schwedischen Journalisten kein Interview gegeben, sondern mit ihm eine private Unterhaltung geführt. Einzelheiten dieses Gesprächs, so betont das Blatt, beruhten zum größten Teil auf freier Erfindung.

Vorher hatte der Berliner Vertreter des Stockholmer „Expressen" ausdrücklich bestätigt, seine Ausführungen seien die wörtliche Wiedergabe von Nuschkes Formulierungen.

„Mit einer Handvoll von Persönlichkeiten . . ."

ge. Düsseldorf, 11. Januar

Vor der Landtagsfraktion der CDU von Nordrhein-Westfalen erklärte Bundeswirtschaftsminister Erhard, das Frohlocken gewisser Links-Kreise über ein Ende der sozialen Marktwirtschaft sei Selbstgeißelung. Man bessere nichts dadurch, daß man dieses System ablöse. Erhard erklärte, daß er beabsichtige, mit einer Handvoll Persönlichkeiten, die in ihren Sektoren lenkend eingreifen, um gewisse Verwendungen von Kautschuk oder Kupfer zu verbieten, die Rohstoffkrise zu überwinden. Die Zwangskäufe durch die Besatzungsmacht, die auf keinen Fall mit Zwecken der Besatzung etwas zu tun hätten, machten gewisse Schwierigkeiten. Die Landeswirtschaftsminister würden sie überprüfen, um einen Ausverkauf dieser Rohstoffe zu verhindern. Erhard erklärte weiter, er hoffe, die Kohlennot dadurch verringern zu können, daß 1. die Exportquoten und 2. die von den Besatzungsmächten angeforderten Kohlenmengen, die innerhalb des Jahres von 650 000 auf 900 000 Tonnen angestiegen seien, herabzusetzen.

Gestapo-Beamte vor Gericht

dpa. Marseille, 10. Januar

In Marseille begann am Dienstag eine Revisionsverhandlung gegen 30 ehemalige Gestapo-Beamte, die in Vichy stationiert waren. Gegen 17 der Angeklagten wird in Abwesenheit verhandelt. Die 13 Anwesenden waren im Februar letzten Jahres zum Tode verurteilt worden, doch wurde später ein neuer Prozeß anberaumt. Den Angeklagten wird Deportation, Plünderung, Mord, Brandstiftung, Raub und Entführung in fast tausend Fällen zur Last gelegt.

Freie Preise für Landwirtschaft

FDP: Steuerbelastung darf Erzeugung nicht stören

dl. Bonn, 10. Januar

Die FDP verlangt in ihrem soeben bekanntgegebenen Landwirtschaftsprogramm die Angleichung der landwirtschaftlichen Preise und Löhne an das Lohn- und Preisgefüge der industriellen und gewerblichen Wirtschaft. Auch in der Landwirtschaft müsse künftig mehr als bisher der Grundsatz der Kostendeckung durchgeführt werden. Eine freie Preisgestaltung auf dem Binnenmarkt sei Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung der Landwirtschaft.

Als weitere Voraussetzung wird bezeichnet, daß die Belastung der Landwirtschaft mit Steuern und öffentlichen Abgaben nicht zu einer Störung ihrer Erzeugung oder gar zu einer Gefährdung des Eigentums führe. Diese Forderung wird gerade im Hinblick auf den Lastenausgleich als besonders wichtig bezeichnet.

Die Schaffung neuer Bauern- und Landarbeiterstellen wird als vordringlich bezeichnet, ebenso die Erschließung der vorhandenen Moore und Oedländereien. Meliorationen und Neulandgewinnung sollen deshalb mit allen Mitteln gefördert werden.

Keine neuen Lebensmittelkarten

dl. Bonn, 10. Januar

Das Bundeslandeswirtschaftsministerium teilt mit, daß keine Lebensmittelkarten gedruckt würden und überhaupt keine Veranlassung bestehe, die Rationierung nach Kalorien wieder einzuführen. Gerüchte, die davon wissen wollten, seien vollkommen unsinnig und aus der Luft gegriffen. Die Vorratslage sei so gut, daß überhaupt nicht an eine Rationierung gedacht zu werden brauche.

Bundestag beriet Landwirtschaftsprobleme

Horlacher warnt vor weiterer Liberalisierung — Niklas stimmt zu

dl. Bonn, 10. Januar

Der Bundestag befaßte sich am Mittwoch eingehend mit Problemen der deutschen Landwirtschaft. Der CSU-Abgeordnete Dr. Horlacher warnte vor einer weitergehenden Liberalisierung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Die Existenz von Tausenden von bäuerlichen Familien sei bedroht, wenn weiter wie bisher wahllos landwirtschaftliche Erzeugnisse eingeführt würden. „Sie werden eine radikale Bewegung des Landvolkes auslösen, die rascher um sich greift, als Sie es glauben wollen", rief er dem Hause zu. „Die Landbevölkerung will endlich der großen Masse der industriellen und gewerblichen Arbeitnehmerschaft gleichberechtigt an die Seite gestellt werden."

Bundeslandwirtschaftsminister Professor Niklas erklärte in seiner Entgegnung, daß die Bundesregierung keinen weiteren schematischen Ausbau der Liberalisierung beabsichtigt und auch nicht daran denke, die Schutzvorschriften für die Landwirtschaft „ohne sorgfältige Prüfung" einzuengen. Die Bundesregierung habe das Ziel, die Landwirtschaft in die Lage zu versetzen, aus eigener Kraft ein Höchstmaß an Gütern zu erzeugen. Wenn bisher eine liberale Einfuhr-Politik betrieben worden sei, so ausschließlich deshalb, um der Landwirtschaft zunächst einmal eine Atempause zu geben, ohne den Ernährungsbedarf des Volkes zu gefährden. „Ungehemmt wird sicher nicht mehr liberalisiert und es ist auch keine Rede davon, daß wir Nahrungsgüter einführen, die in ausreichendem Maße und in guter Qualität bei uns selbst hergestellt werden können."

Zwei Zerstörer für Eisenhower

dmt. Washington, 11. Januar

Einer Mitteilung der amerikanischen Marine zufolge wurden zwei zur Zeit in Kopenhagen liegende amerikanische Zerstörer General Eisenhower zur Verfügung gestellt, der für Donnerstagnachmittag in Kopenhagen erwartet wird. Der atlantische Oberkommandierende soll diese Schiffe verwenden, wenn ihn die Wetterverhältnisse davon abhalten, mit dem Flugzeug zu reisen.

Prozeß gegen Bischöfe

dmt. Wien, 10. Januar

Das Preßburger Staatsgericht eröffnete am Mittwoch einen Prozeß gegen drei slowakische katholische Bischöfe. Der Großkampf der kommunistischen Staatsführung gegen alles kirchliche Leben in der Tschechoslowakei hat damit voll eingesetzt. Die meisten evangelischen und fast alle katholischen Priester befinden sich in Konzentrationslagern. Nach dem Bericht eines kürzlich in die Schweiz geflüchteten Geistlichen sollen in zwei Monaten des letzten Jahres 60 Klöster geschlossen worden sein, 342 Pater und 532 Theologiestudenten seien verhaftet worden.

114 neue „Kumpels"

Oldenburg. Im Laufe des vergangenen Monats gingen aus dem Oldenburger Land wieder 114 Arbeitskräfte in den Ruhrbergbau. Durch das Arbeitsamt Oldenburg wurden 88 Mann vermittelt, während die übrigen aus dem Bereich der Arbeitsämter Wilhelmshaven, Brake und Vechta kommen. Damit hat der Verwaltungsbezirk Oldenburg bisher seit 1946 insgesamt 7381 Arbeitskräfte für den Ruhrbergbau gestellt.

Aus der Kaserne verdrängt

Nürnberg. Die Großreuther Kaserne in Nürnberg war in den letzten Jahren zu Flüchtlingswohnungen umgebaut und teilweise auch bezogen worden. Insgesamt wäre Platz geschaffen worden für 84 Wohnungen. Nun teilte der amerikanische Landeskommissar für Bayern, Mr. L. Shuster, auf einer Pressekonferenz mit, daß in Bayern drei weitere Kasernen für die Unterbringung von amerikanischen Truppenverstärkungen geräumt werden müßten, darunter auch die zu Flüchtlingswohnungen umgebaute Großreuther Kaserne. Die Räumung der mit 12 000 Personen belegten Bayreuther Leopoldkaserne mache größere Schwierigkeiten. Die Erklärung des Landeskommissars folgte auf einen Protest des Nürnberger Amtes für Wiederaufbau und Wohnungswesen.

Die Wirtschaft hat es in der Hand

Rationierung der NE-Metalle oder nicht? - Ein lästiger Engpaß

Bonn. Der Hausbesitzer, der um die Fertigstellung seines Neubaus bangt oder dringende Reparaturen ausführen lassen will, macht heute oft die unangenehme Entdeckung, daß die notwendigen Materialien nicht mehr ohne weiteres zu haben sind, sofern es sich um Nichteisenmetalle handelt. Dachrinnen zum Beispiel müssen angebracht werden; aber es fehlt an Zink. Oder Wasserrohre sind zu legen; aber das nötige Blei ist nur unter Schwierigkeiten aufzutreiben. So und ähnlich wirkt sich die Tatsache aus, daß augenblicklich in der Welt mehr an Metall verbraucht als erzeugt wird und daß wir weitgehend abhängig von den ausländischen Metallmärkten sind. Auf der anderen Seite ist damit zu rechnen daß die Bundesrepublik direkt an dem westlichen Verteidigungssystem beteiligt wird und daß dann Anforderungen an unsere Wirtschaft gestellt werden, die noch weit über die bisherigen hinausgehen und denen nur bei rigoroser Einschränkung des zivilen Verbrauchs entsprochen werden kann.

Eine Rationierung der NE-Metalle, die besonders knapp geworden sind, in irgend einer Form ist deshalb nicht zu umgehen, wenn sich die Wirtschaft nicht in freiwilliger Selbstbeschränkung den veränderten Verhältnissen anpaßt. Wenn man also zwangswirtschaftliche Maßnahmen vermeiden will, so muß man den Empfehlungen Rechnung tragen, die das Bundeswirtschaftsministerium in einem Schreiben an die Metallindustrie und den Metallhandel ausgesprochen hat. Sie laufen im wesentlichen auf zweierlei hinaus: Erstens soll die Wirtschaft selbst mit „marktkonformen" Mitteln die übertriebene Nachfrage nach NE-Metallen abdämpfen, indem sie die Zahlungsbedingungen bei Lieferung von Metallen und Metallwaren aufs Aeußerste verschärft, um die Vorratshaltung auf das unerläßliche Maß zu beschränken. Und zweitens wird der Wirtschaft dringend nahegelegt, nur dann noch NE-Metalle zu verwenden, wenn es aus technischen Gründen unbedingt erforderlich ist. Das bedeutet, daß derartige Metalle für Dachbedeckungen, Kaltwasserrohre, Tore, Fenster, Beschläge, Aschenbecher, Leuchter und dergleichen nicht mehr in Betracht kommen.

Es wird also viel Disziplin von der Wirtschaft verlangt. Besonders wird sich ihr Verantwortungsbewußtsein auch auf dem Gebiete der Preisgestaltung zu bewähren haben. Die Lage auf dem Weltmarkt bringt die Tendenz zu steigenden Preisen mit sich. Um so dringender wird auf die noch geltende Gesetzgebung gegen Preistreiberei Bezug genommen und strengste Ahndung jedes Verstoßes dagegen angedroht. Nur der Brutto-Eingangspreis zuzüglich einer angemessenen Handelsspanne wird als gerechtfertigter Preis anerkannt. Wer mehr fordert, macht sich der Preistreiberei schuldig.

Die verantwortlichen Leiter in den Betrieben der Metallwirtschaft müssen sich völlig klar darüber sein, daß es von ihrem Verhalten abhängt, ob man in Bonn den ersten Schritt auf dem Wege zu einer sehr zweischneidigen Zwangswirtschaft tun muß — der ganz automatisch weitere nach sich ziehen müßte —, oder ob es gelingt, die Lage ohne einen solchen folgenschweren Eingriff zu meistern.

Ernst ist Deutscher! „Der im Elsaß gebürtige Oberbürgermeister von Straßburg, Dr. Ernst, ist als Deutscher, nicht als Franzose anzusehen", entschied am Mittwoch in der Berufungsinstanz das Oberlandesgericht Colmar. Sollte die Oberstaatsanwaltschaft gegen das Urteil nicht wieder Berufung einlegen, wird Ernst französischerseits nicht des Landesverrates bezichtet werden können.

Stromeinschränkungen für Großabnehmer

100 000 Tonnen Kohle im Januar zu wenig für die Kraftwerke

dpa. Heidelberg, 10. Januar

Eine sofortige 20prozentige Einschränkung des Stromverbrauchs aller Abnehmer von 3000 Kilowatt pro Monat und mehr ist nach Ansicht der Energieversorgungsunternehmen die einzige Möglichkeit, die Stromabschaltungen ganzer Gebiete zu vermeiden.

In einer Sitzung in Heidelberg, bei der zwei Drittel der deutschen Elektrizitätswirtschaft vertreten waren, wurde betont, daß die Kohlenreserven der Kraftwerke und die Wasservorräte in den Gebirgsspeichern wegen unzureichender Kohlenlieferungen vorzeitig und übermäßig stark in Anspruch genommen werden mußten. Die für Januar vom Bundeswirtschaftsministerium festgesetzte Kohlenzuteilung für Kraftwerke sei um 100 000 Tonnen zu niedrig. Falls die erforderliche Kohle nicht umgehend zugeteilt und angeliefert werde, seien die vorgeschlagenen Einschränkungen nicht zu umgehen. Es handele sich dabei etwa um ein Viertel einer normalen Tagesförderung der Ruhrzechen. Die Sitzungsteilnehmer wollen dem BWM Maßnahmen vorschlagen, durch die einem Zusammenbruch der Elektrizitätswerke vorgebeugt werden soll.

Mineralölsteuer - eine harte Nuß

Verhandlungen mit der FDP — Schäffers Rücktrittsabsichten „übertrieben"

dl. Bonn, 10. Januar

Die Frage eines Rücktritts von Bundesfinanzminister Schäffer wurde am Mittwoch in den Wandelhallen des Bundestages eifrig diskutiert.

Von regierungsnaher Seite wurde erklärt, die Aeußerungen, die Schäffer vor der CDU-Fraktion gemacht habe, seien „übertrieben dargestellt" worden. Freilich habe Schäffer erklärt, daß er die Verantwortung für die Bundesfinanzen nicht mehr tragen könne, wenn die FDP, sonst eine der stärksten Stützen der Koalition, ihr Veto gegen die Mineralölsteuer aufrechterhalte. Er sehe dann keine andere Möglichkeit, als sein Amt zur Verfügung zu stellen. In den FDP-Kreisen wird in Abrede gestellt, daß dieser Partei daran gelegen sei, den früheren preußischen Finanzminister Höpker-Aschoff mit der Führung der Bundesfinanzen beauftragt zu sehen.

Verhandlungen zwischen Bundesfinanzminister Schäffer bzw. der CDU/CSU und der FDP sind im Gange, um sie doch noch für die Mineralsteuer zu gewinnen. Der Hauptwiderstand gegen diese Steuer geht von dem FDP-Abgeordneten Rademacher, dem Vorsitzenden des Vereins Hamburger Spediteure, aus. Von CDU-Seite wurde jedoch erklärt, daß „begründete Hoffnung" auf Einigung bestehe. Am Donnerstag kommt das Mineralölsteuergesetz im Bundestag zur zweiten und dritten Lesung.

So kurz wie möglich

Die französische Diplomatie unterstützt gegenwärtig den amerikanischen Wunsch, daß die nächste Konferenz der Außenminister der vier Großmächte in den USA stattfinden solle, da die bisherigen Außenministerkonferenzen in Moskau, London und Paris stattgefunden haben.

Das französische Kabinett hat nach Mitteilung zuverlässiger Kreise am Mittwoch beschlossen, einen Botschafter nach Spanien zu entsenden.

Gerüchte über eine bevorstehende Entsendung des früheren Ministerpräsidenten Georges Bidault als neuen Botschafter nach Moskau bezeichnete der Sprecher des französischen Außenministeriums als „reine Phantasie".

In Holland gibt es eine große Anzahl Geheimsender, die ihren Sitz meist in den Provinzen Brabant und Limburg haben. Im Dezember konnten von der Polizei sieben dieser Sendestationen ausgemacht und das Material beschlagnahmt werden. Statt der ausgeschalteten Sender tun sich jedoch immer wieder neue auf.

Brasilien und Chile haben von den USA vier 10 000-Tonnen-Kreuzer gekauft und zwar Brasilien die „Philadelphia" und die „St. Louis", Chile die „Brooklyn" und die „Nashville".

Die Paß- und Visumabteilung des deutschen Generalkonsulats in London ist mit Wirkung vom 15. Januar ermächtigt, ausländischen Staatsangehörigen Einreise- und Durchreisevisa für Deutschland auszustellen und Personen, die den Nachweis ihrer deutschen Staatsangehörigkeit erbringen können, Pässe auszuhändigen.

Die sowjetische Uran-Bergwerksgesellschaft Wismut-AG. unterhält nach Ermittlungen der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus" seit längerem in Chemnitz eine eigene Haftanstalt. Das Gefängnis wird von der NKWD verwaltet und ist ständig mit etwa 400 Menschen belegt, hauptsächlich Zwangsarbeitern der Uranbergbaugebiete der Sowjetzone.

Das Zentrum hat dem Bundestag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die zwangsweise Aushebung zum Wehrdienst verbieten und die Registrierung wehrdienstfähiger Personen für unzulässig erklären soll.

Der Bundespräsident sprach mit Vertretern des Sportbundes und des Nationalen Olympischen Komitees über die Frage, welche Hymne nach Sportveranstaltungen gespielt werden soll.

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer hat die Hohen Kommissare der USA und Großbritannien in einem Schreiben gebeten, ihren Regierungen den Dank der Bundesregierung für ihr tatkräftiges Eintreten in der Kriegsgefangenenfrage zu übermitteln.

In Südbaden wird voraussichtlich auch die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz am 29. April ihren neuen Landtag wählen.

Der Bundesrat wird wahrscheinlich am Freitag dem Entwurf für ein neues Preisgesetz zustimmen, so daß die Regierung, wenn noch ein Zusatzantrag angenommen wird, jede Art von Preisvorschriften und jede Art von Subventionen bewilligen kann.

Das Bonner ERP-Ministerium glaubt, die Fortführung der Marshall-Hilfe bis zum Ende des Planjahres 1950/51 als gesichert ansehen zu können. Ueber die Fortsetzung im vierten Planjahr bestehe dagegen noch völlige Ungewißheit.

Die Washingtoner Konferenz der moralischen Aufrüstung ist am Montag nach zehntägiger Dauer beendet worden. 1500 Delegierte aus 25 Staaten hatten an ihr teilgenommen.

Deutscher Fischdampfer beliefert Aberdeen

Cuxhaven. Zum ersten Mal seit 1939 hat jetzt ein deutscher Fischdampfer seinen Fang in dem schottischen Hafen Aberdeen angelandet. Die „Schwaben" belieferte den Fischmarkt von Aberdeen am Mittwoch mit 140 Tonnen Fisch. Die Ladung machte über ein Drittel aller an diesem Tage angelandeten Fänge aus.

Freizeit für Spätheimkehrer

Wilhelmshaven. Im Hochschuldorf Rüstersiel der Nordwestdeutschen Universitätsgesellschaft findet in der Zeit vom 29. Januar bis 5. Februar eine dritte Freizeitwoche für junge Spätheimkehrer statt. Die Freizeit wird auf Veranlassung des Niedersächsischen Ministers für Vertriebenen-, Sozial- und Gesundheitsangelegenheiten vorbereitet.

80 Flüchtlingslager werden aufgelöst

München. Der neue Staatssekretär für das Flüchtlingswesen in Bayern, Professor Theodor Oberländer (BHE), sprach in München die Hoffnung aus, daß in diesem Jahr 80 der 246 in Bayern bestehenden Flüchtlingslager aufgelöst werden können. Ob sein Plan, die übrigen innerhalb von drei Jahren zu beseitigen, verwirklicht werden könne, hänge von der zukünftigen politischen Lage ab.

†

Heute morgen ½4 Uhr nahm der Herr unsern lieben Sonnenschein

Klaus Peter

im Alter von fast 6 Wochen wieder zu sich in sein himmlisches Reich.

In tiefem Schmerz:

Helmut Stellmacher u. Frau
Gertrud geb. Schwarz

Bommert, Post Anschlag u. Schultenhedfeld, den 10. Januar 1951

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 12. Jan. 1951 11.30 Uhr vom Sterbehause aus, statt.

M. G. V. Thalia Bergfeld

Samstag, 13. Januar 1951 abends 19 Uhr

Kappenfest

auf der Wilhelmshöhe.

Die gesamte Bevölkerung ist herzlich eingeladen.

Achten Sie beim Einkauf von Korn auf dieses Gütezeichen der Kornkette

Ständige Kontrolle verbürgt Reinheit und Bekömmlichkeit

Gute Anzeigen sind die besten Verkäufer

Danksagung!

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen übermitteln wir auf diesem Wege allen unseren herzlichsten Dank.

Otto Schreiber sen. und Kinder.

Bruch b. Carthausen, im Januar 1951

Familien-Anzeigen

an bevorzugter Stelle finden stärkste Beachtung im

Allgemeinen Anzeiger
Nachrichten für das märkische Sauerland.

In 50jähriger Tradition ist der Allgemeine Anzeiger die Heimatzeitung aller Schichten geworden.

Wie Urgroßeltern, Großeltern und Eltern ein Leben lang in Freud und Leid Familienereignisse ihren Bekannten durch den Allgemeinen Anzeiger mitteilten, so soll es auch in Zukunft sein.

Darum die Familien-Anzeige in den Allgemeinen Anzeiger.

Familien-Anzeigen werden bis morgens 9 Uhr angenommen und noch am gleichen Tage veröffentlicht.